

Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
CDU-Fraktion
SPD-Fraktion
Gerd Kaspar / FDP
Lothar Müller / Die Linke
in der Bezirksvertretung 3 – Lindenthal

An:

Frau Bezirksbürgermeisterin
Cornelia Weitekamp

Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Köln, 25.März 2021

Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 26.4.2021 zu setzen:

Antrag

Die Bezirksvertretung Lindenthal bekräftigt erneut ihre einstimmig gefällten Beschlüsse vom 31.8.2020, (Top 8.1.11, AN 0980/2020) und vom 1.2.2021 (TOP 8.1.5, AN 0134/2021):

Sie fordert unverändert den Bau einer Ladestation (also zwei Ladepunkte) für E-Autos.

Diese Ladestation ist entweder in der Tiefgarage des Bezirksrathauses oder unmittelbar am Straßenrand - gut sichtbar - vor dem Bezirksrathaus, also an der Aachener Straße oder an der Stolberger Straße, zu errichten.

Begründung

Die ablehnende Argumentation der Verwaltung (TOP 11.2.1 (0625/2021) in der Sitzung der Bezirksvertretung Lindenthal am 15.3.2012 ist sachlich unbegründet: Auch ein Mieter hat das Recht, eine Lademöglichkeit in dem Keller/Tiefgarage des gemieteten Objektes zu errichten.

Die Bundesregierung hat mit dem " Bundesgesetz zur Förderung der Elektromobilität und zur Modernisierung des Wohnungseigentumsgesetzes" von September 2020 den Einbau von Lademöglichkeiten an der Wohnung wie z. B. in der gemeinsamen Tiefgarage erleichtert, u. a. durch den Wegfall der früher geforderten Einstimmigkeit der Eigentümer.

Diese Gesetzesnovellierung ermöglicht jedem Mieter den grundsätzlichen Rechtsanspruch auf eine Ladestation in der gemeinsamen Tiefgarage auf eigene Kosten. Mieter können solcherart bauliche Veränderungen nun von ihrem Vermieter verlangen. Mieter ist in diesem Fall die Stadt Köln.

Die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung steht mit den Zielen der Stadt im Widerspruch: So sollen bis Sommer 21 im öffentlichen Raum 400 Ladepunkte eingerichtet werden (Arbeitsprogramm der Stadtverwaltung 2021). Entsprechend kontraproduktiv ist die Haltung der Verwaltung zu den klimapolitischen Zielen der Stadt.

Hier wird mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, CO2 Emissionen zu vermeiden, nachlässig umgegangen; besonders und gerade an/in einem Bezirksrathaus muss die klimapolitische Ausrichtung der Stadt für BürgerInnen erkennbar und erlebbar sein. Die öffentliche Hand hat hier Vorbildcharakter.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Lara Schneider
Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

gez. Svenja Führer
CDU-Fraktion

gez. Friedhelm Hilgers
SPD-Fraktion

gez. Lothar Müller/ Die Linke

gez. Gerd Kaspar / FDP